

Kommunisten und Krise – warum der Sozialismus notwendig ist

In Teil 1 meines Referats möchte ich mich mit grundlegenden Widersprüchen des Kapitalismus beschäftigen,

- die sich im Rahmen des Systems nicht lösen lassen und die immer wieder kapitalistische Krisen auslösen;
- Widersprüche, aus denen Marxisten auch die Notwendigkeit des Sozialismus und dessen grundlegende Merkmale ableiten.

In Teil 2 möchte ich ein paar Gedanken zur Frage: „Was kann man in der heutigen Situation tun?“ zur Diskussion stellen.

1. Widersprüche des Kapitalismus

- Die Produktion wird gesellschaftlich (durch viele miteinander kooperierende Menschen) betrieben - ihre Ergebnisse werden jedoch privat angeeignet. Dies bezeichnet Friedrich Engels als den Grundwiderspruch des Kapitalismus.
- Der Planung und Organisation der Arbeit im Betrieb (oder Konzern) steht, wie Marx sagt, die Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft gegenüber: Dort soll der Markt regeln, wie das gesamtgesellschaftliche Arbeitsvermögen eingesetzt und verteilt wird.
- Nicht die Bedürfnisse der Menschen und der Gesellschaft bestimmen über die Verteilung der Arbeit, sondern die Jagd der Einzelkapitale nach Profit und die Konkurrenz zwischen ihnen.
- Investiert wird immer dort, wo kurz- oder langfristig hohe Profite winken, die die Kapitalanleger anziehen. Daher entstehen regelmäßig Disproportionen zwischen Produktion und Konsum sowie zwischen den Zweigen der Produktion; es kommt zu Überproduktion und Überakkumulation (einem Kapitalüberschuß, der sich in der Produktion nicht genügend verwerten läßt); am Finanzmarkt kommt es zu Blasen, die früher oder später platzen müssen.
- Karl Marx sagt, dass die Notwendigkeit der verschiedenen Produktionssphären, sich ins Gleichgewicht zu setzen, nur im Nachhinein, „als Reaktion gegen die beständige Aufhebung dieses Gleichgewichts“ wirksam wird.¹ Das *Gleichgewicht* zwischen Produktion und Konsumtion wird gewaltsam in den zyklischen Krisen hergestellt, in denen überschüssige Kapazitäten vernichtet werden. Das nennen die Ökonomen "Bereinigung" und "Konsolidierung".
- Jede Krise führt zur Vernichtung überschüssigen Kapitals und zur Enteignung der in der Konkurrenz unterlegenen Kapitalisten, treibt also die Zentralisation des Kapitals weiter voran und damit auch die weitere Vergesellschaftung.

Die Tendenz zur immer stärkeren Vergesellschaftung der Produktion durch immer größere Produktionseinheiten unter der Regie von Einzelkapitalen ergibt sich aus der Konkurrenz. *Monopolbildung* ist Ergebnis der Konkurrenz und schränkt sie andererseits teilweise ein. Sie macht den Markt für die großen Kapitale besser beherrschbar und ist, wenn man so will, eine Anpassung an die Vergesellschaftung unter Beibehaltung des Privateigentums. Eine noch darüber hinaus gehende Form der Anpassung sind direkte *Staatseingriffe* zugunsten der privaten Monopole, wie sie zur Zeit wieder Konjunktur haben.

Weder Monopole noch Staatseingriffe haben den Kapitalismus in den letzten 100 Jahren zähmbar gemacht. Im Gegenteil: Sie verstärken die Ungleichgewichte noch, indem sie die

¹ Kapital I, MEW 23, S. 377.

bereinigende Funktion von Krisen abschwächen. Überkapazitäten werden so nicht beseitigt, sondern nur auf andere Ebenen verlagert. So werden zum Beispiel die aktuellen Stützungsaktionen verschiedener Staaten für „ihre“ jeweilige Autoindustrie das Problem der Überkapazitäten in der Autobranche nicht verkleinern.

Im heutigen Kapitalismus haben wir es *nicht mehr nur mit zyklischen Krisen*, sondern mit einer „*chronischen Überakkumulation*“ zu tun². Seit der Krise 1974/75 gab es nur noch schwache Aufschwünge. Die Massenarbeitslosigkeit stieg mit jeder Rezession und wurde in den Aufschwüngen kaum abgebaut. Das Wachstum der reichen kapitalistischen Länder blieb schwach bzw. stagnierte weitgehend. Als reaktionärer Ausweg aus der damit verbundenen Profitklemme setzten sich bei den herrschenden Klassen seit Mitte der 70er Jahre die verstärkte *Weltmarktorientierung* der Konzerne und der Neoliberalismus durch.

In der neoliberalen Phase kam es international durch Umverteilung, Senkung von Lohnkosten und den Einsatz neuer Technologien wieder zu einer Erhöhung der Profitabilität des Kapitals. Bei hoher Arbeitslosigkeit und dauerhaft stagnierenden Löhnen mußte dies die chronische Überakkumulation noch verstärken. Dass die Schranke der zu geringen, zahlungsfähigen Nachfrage hinaus geschoben werden konnte und es in den letzten Jahrzehnten zu 4-5% hohen Wachstumsraten der Weltwirtschaft kam, ist vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen:

erstens, auf den durch Verschuldung finanzierten Konsum der US-Bürger, der die Exportüberschüsse der BRD, Japans und Chinas indirekt absorbieren konnte, und **zweitens**, auf die Öffnung und nachholende Industrialisierung vor allem Chinas, das für Asien und andere Schwellen- und Rohstoffländer die Rolle eines Wachstumsmotors übernahm.³ Dabei wurde China zum Hauptgläubiger der USA.

Mit dem Platzen der Immobilienblase und der dadurch ausgelösten Finanzkrise ist eine der beiden Säulen des weltwirtschaftlichen Wachstums nun eingestürzt und hat auch die andere Säule beschädigt. Der Crash ist da. Dieser Crash wurde von Marxisten in den letzten Jahrzehnten oft vorhergesagt, in der Regel zu früh, weil meist nur die entwickelten kapitalistischen Länder und nicht die Entwicklung in Schwellenländern im Blickfeld waren.

Schon im Kommunistischen Manifest steht: „Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“

So haben auch Globalisierung und Neoliberalismus den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung der Ergebnisse nicht lösen können, sondern nur auf die internationale Ebene verschoben. Besonders blamiert hat sich dabei die neoliberale Parole „Privat vor Staat“, mit der suggeriert werden soll, der Markt könne alles richten. Das Ergebnis ist, dass die Privatisierer selbst heute den Staat als *Notarzt* in die Wirtschaft zurück holen. Wir haben es gegenwärtig mit einem *bisher nie erreichten Ausmaß von Staatseingriffen* in die kapitalistische Wirtschaft zu tun. Manche sagen, die kapitalistische Marktwirtschaft befinde sich zur Zeit auf der Intensivstation. „Vorübergehend“, heißt es. Egal, ob das so kommt oder nur ein frommer Wunsch bleibt, die Krise zeigt: Der Kapitalismus kann sich ohne das Eingreifen des Staates in die

2 Überakkumulation ist nach Marx „Überproduktion von Kapital“ und „heißt nie etwas anderes als Überproduktion von Produktionsmitteln, Arbeits- und Lebensmitteln-, die als Kapital fungieren können“, sich also profitabel verwerten ließen. (Kapital III, MEW 25, S. 261ff.

3 Vgl. dazu: Jörg Goldberg, Aufschwung und Restrukturierung der Weltwirtschaft, in: Z – Nr. 71/2007

Wirtschaft aufgrund der hohen Stufe der Vergesellschaftung nicht mehr selbst reproduzieren. Es handelt sich um staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Daran zeigt sich zumindest **der Form nach**: die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion erfordert die Vergesellschaftung auch des Eigentums. Im Grunde wäre der Sozialismus nötig! Wenn zum Beispiel über große Banken und Konzerne gesagt wird: Too big to fail (Zu groß, um pleite zu gehen) dann heißt das doch auch: Zu groß für Privateigentum! Große Konzerne mit zig-tausenden Beschäftigten sollten keine Manövriermasse in der Konkurrenz privater Eigentümer sein, sie gehören eigentlich in gesellschaftliches Eigentum und müssten demokratisch kontrolliert werden.

Dafür wäre allerdings auch eine Demokratisierung des Staates nötig, denn dieser wird ja heute in hohem Maße für die Privatinteressen des Monopolkapitals instrumentalisiert.

2. Was kann man in der heutigen Situation tun?

Wir haben derzeit eine Krise des Kapitalismus, aber keineswegs eine revolutionäre Situation. Die Notwendigkeit des Sozialismus kann abstrakt aus den grundlegenden Widersprüchen des Kapitalismus abgeleitet werden, wie dies auch Marx schon getan hat. Aber es fehlt die soziale Bewegung für den Sozialismus, zumindest in den reichen kapitalistischen Ländern. Es fehlt der subjektive Faktor für sozialistische Veränderungen. Denkbar ist aber, dass größere Teile der arbeitenden Bevölkerung im Verlauf der Krise ihre Schockstarre überwinden und gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihre Schultern in Aktion treten. Dass sie Einfluss auf die Richtung nehmen wollen, in der ein Ausweg aus der Krise gesucht wird.

Dabei wird es zunächst um Reformen gehen. Reformen können die Widersprüche des Kapitalismus nicht aufheben. Klar ist aber auch, dass nach Jahrzehnten reaktionärer Entwicklung die Arbeiterklasse und die Volksmassen im Kampf um *Reformen* sich die Kraft und das Selbstbewußtsein erst wieder aneignen müssen, die sie für sozialistische Veränderungen früher oder später brauchen werden.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Reformen hat schon begonnen, auch in der BRD: Es gibt inzwischen viele richtige Forderungen von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Bündnissen im außerparlamentarischen Bereich, sowie von linken Parteien, wie PDL oder DKP. Es steht eine Abfolge von Aktionsterminen fest: 28. März, 1. Mai, 16. Mai, um nur die nächsten gewerkschaftsnahen Termine zu nennen. Ob hiervon eine Wirkung auf die Richtung des Auswegs aus der Krise und die politischen Kräfteverhältnisse nach der Krise ausgehen wird, wissen wir noch nicht, aber die Chance ist gegeben.

Zum Krisenmanagement der Regierenden meint Helmut Schmidt: „Tatsächlich ist damit zu rechnen, dass die Regierenden sich nur schrittweise an die Lösung der heutigen Probleme herantasten.“⁴ Das ist sicher realistisch, und die Bandbreite an Lösungsversuchen liegt zwischen einer Neuauflage des „New Deal“ in den USA und dem sturen Festhalten am Neoliberalismus in der BRD. Auf 3 Felder, um die in der BRD gestritten wird, möchte ich näher eingehen:

1. auf die Frage der Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft und der Unterordnung der gesellschaftlichen Entwicklung unter die Exportinteressen der BRD-Konzerne;
2. auf die Notwendigkeit der Umverteilung von oben nach unten;

4 Helmut Schmidt, Wie entkommen wir der Depressionsfalle? Die Zeit online 15.1.2009

3. auf die Frage von Verstaatlichungen, Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle;

Zu 1: Exportabhängigkeit

Während in den USA ein Konjunkturprogramm von knapp 800 Mrd.\$ verabschiedet wird, in China sogar von Zentral- und Provinzregierungen zusammen 1,2 Bio.\$ ausgegeben werden sollen, will die Bundesregierung nach zwei relativ kleinen Konjunkturpaketen von insgesamt 80 Mrd.€, dass nun endlich Schluß ist. Als über Paket II noch verhandelt wurde, wurde schon auf allen Kanälen die Diskussion um eine „Schuldenbremse“ im GG entfacht, von den gleichen Leuten, die kurz zuvor, ohne mit der Wimper zu zucken, den Banken 500 Mrd. genehmigt hatten. Offenbar soll das Thema Stärkung der Binnennachfrage, durch Kaufkraft oder staatliche Investitionen in gesellschaftlich nützlichen Bereichen, schnell weg vom Tisch, aus Angst, Begehrlichkeiten in der Bevölkerung könnten geweckt werden.

Die „Stabilitätspolitik“ soll um keinen Preis aufgeweicht werden. Sie ist Kernbestandteil der spezifisch deutschen Variante des Neoliberalismus. Sie zielt auf Kostensenkung zu Lasten der arbeitenden Menschen, auf niedrige Löhne, niedrige Sozialausgaben, den „schlanken Staat“. Sie gibt vor, die Inflation zu bekämpfen, meint damit aber eigentlich nur die Löhne. Sie dient dazu, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Konzerne auf dem Weltmarkt zu stärken und nimmt dafür die Verkümmern des Binnenmarkts, hohe Arbeitslosigkeit sowie die Vernachlässigung und den Verfall gesellschaftlich nützlicher Bereiche der öffentlichen Infrastruktur in Kauf. Seit der Krise 1974/75 ist Wirtschaftspolitik in der BRD weitgehend auf „Stabilitätspolitik“ reduziert und verhalf den Großkonzernen durch niedrige Lohnkosten zu wiederholter „Exportweltmeisterschaft“.

Genau das erweist sich nun als Problem. „Der Exportweltmeister ist angezählt,“ schreibt das Handelsblatt: „Unser Wachstumsmodell der vergangenen Jahre steht in Frage. ... Die Schwierigkeiten beginnen, wenn wichtige Partner im Handel mit uns ein Defizit einfahren. Sie müssen sich verschulden, damit unser Exportmotor weiter brummen kann ... Unser Positivsaldo geht auf nur wenige Länder zurück: Frankreich, die USA, Großbritannien und Spanien. Deren Einfuhren hielten unsere Fabriken am Laufen.“ Damit ist es nun vorbei, denn jetzt stecken die wichtigsten Handelspartner „nicht nur in einer Konjunkturkrise, sondern haben eine strukturelle Anpassung vor sich, die Jahre dauert. In dieser Zeit halten sie die Taschen zu.“⁵

Die USA als größter Binnenmarkt der Welt steuern in eine Depression, deren Ende nicht abzusehen ist. Bisher geben Merkel und Steinbrück keine Antwort auf die Frage, wodurch denn der Ausfall der Nachfrage aus den USA ersetzt werden soll. Unsere international aufgestellten Großkonzerne wollen den Druck auf die Löhne in der BRD beibehalten und als *Trittbrettfahrer* von den Konjunkturprogrammen in anderen Ländern mitprofitieren. Sie hoffen, dass die Krise kurz sein wird. Das ist Wunschdenken. Ohne eine Stärkung der Binnenmärkte in der BRD und auch in den verschuldeten Ländern der EU, die zum Teil am Rande des Staatsbankrotts stehen, wird es nicht gehen.

Der internationale Druck auf die Bundesregierung, mehr für die Binnennachfrage zu tun, wird zunehmen. Auch im Inland wird die Exportabhängigkeit zunehmend als Problem thematisiert. Das hängt damit zusammen, dass es aus bürgerlicher Sicht nicht sehr viele historisch erprobte Methoden gibt, um aus einer solchen Krise heraus zu kommen. Mitte der 70er Jahre hatte sich ein vom Keynesianismus geprägtes Wachstumsmodell erschöpft und die Bourgeoisien suchten einen reaktionären Ausweg in Form des Neoliberalismus. Heute ist das neoliberale Wachstumsregime zusammen gebrochen.

5 Thomas Hanke, Der Exportweltmeister ist angezählt. HBcom 8.1.2009

Über die Wechsel in den Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie hat Lenin einmal geschrieben: „Nicht aus böser Absicht einzelner Personen und nicht zufällig geht die Bourgeoisie von der einen Methode zur anderen über, sondern infolge der radikalen Widersprüche ihrer eigenen Lage.“⁶ Wenn es unter Ausnutzung dieser Widersprüche gelänge, die neoliberale „Stabilitätspolitik“ nach 35 Jahren endlich zu Fall zu bringen, wäre dies m. E. ein großer Erfolg im Interesse der arbeitenden Bevölkerung der BRD, der vergleichbar wäre mit der Abwahl von Bush in den USA.

Zu 2: Umverteilung

Die neoliberale Umverteilung von unten nach oben hängt mit der Stabilitätspolitik eng zusammen. Sie zielte auf die Stützung von Profiten und Einkommen aus Vermögen, bei gleichzeitig niedrigen Lohneinkommen. Als Druckmittel wurde die Dauerarbeitslosigkeit genutzt. Disziplinierende „Arbeitsmarktreformen“ wurden durchgesetzt, Unternehmer und Besserverdienende durch Steuerreformen entlastet. Rentenversicherung und gesetzliche Sozialversicherung wurden massiv geschwächt, u.a., indem ihnen Kosten der deutschen Einigung aufgebürdet wurden und Rentenerhöhungen praktisch abgeschafft wurden. Die private Vorsorge wurde als „Ergänzung“ der zu niedrigen Renten quasi für verbindlich erklärt und massiv ausgeweitet.

Alle diese Umverteilungsmaßnahmen haben ihren Anteil am Entstehen der Krise. Sie lenkten Gelder weg von Investitionen in soziale Infrastruktur, Bildung und Konsum, hin auf die Finanzmärkte, zu deren Aufblähung sie beitrugen. Diese Verteilungspolitik hatte auch noch einen bündnispolitischen Aspekt: Über den Hebel der Privatvorsorge gelang es, die Interessen größerer Teile der lohnabhängigen Mittelschichten mit „Antiinflationpolitik“ und neoliberaler „Modernisierung“ zu verknüpfen. Symptomatisch hierfür war die Entwicklung der Grünen bis zur Agenda 2010.

Die Mittelschichten wollen CDU/CSU und FDP mit ihren Steuersenkungs-Forderungen auch jetzt in der Krise im neoliberalen Lager halten. Man kann hier durchaus von einer rechten Variante von „Konjunkturpolitik“ sprechen. Traditioneller Bestandteil einer solchen rechten Variante sind auch zusätzliche Gelder für den Ausbau des Sicherheits-Apparats oder zusätzliche Rüstungsausgaben.

Demgegenüber hat der DGB ein durchaus linkskeynesianisches Konjunkturprogramm vorgelegt, welches Einkommenserhöhungen besonders bei denen fordert, die das Geld am nötigsten brauchen und daher auch am schnellsten ausgeben, also Arbeitslose, Lohnabhängige, Familien und Rentner. Bei den Steuern fordert der DGB die Beseitigung des „Steuerbuckels“ und zugleich die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, ein richtiger, breiter Ansatz. In die gleiche Richtung geht die Forderung nach einer Millionärssteuer, die von vielen erhoben wird. (Bündnis-Aufruf 28.3.)

Es gibt also durchaus zwei sich gegenüberstehende Richtungen in der Konjunkturpolitik und sie spiegeln entgegengesetzte soziale Interessen wieder. Ich finde die Diskussion über Konjunkturprogramme auch auf kommunaler Ebene wichtig, weil der größere Teil der Bevölkerung am ehesten auf der Ebene konkreter Interessen, Forderungen und Projekte angesprochen und einbezogen werden kann, zumal es Projekte gibt, die seit langem gefordert werden und für die bisher angeblich kein Geld da war.

Zu 3: Verstaatlichung, demokratische Kontrolle

Am 3.2.2009 zitiert das Handelsblatt aus Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes und klärt

6 W. I. Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung.1910, in: AW II, S. 309.

seine Leser aus dem Unternehmerlager auf, unter welchen Umständen Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit nach dem Grundgesetz erlaubt sind.⁷ Es sind also zur Zeit nicht nur wir Kommunisten, die die Eigentumsfrage aufwerfen. Auch das Bundeskabinett hat ein Enteignungsgesetz vorgelegt, wenn auch mit Bauchschmerzen und unter „größten ordnungspolitischen Bedenken“, das „Rettungsübernahmegesetz“.

Die ordnungspolitischen Bedenken dürften umso geringer sein, je größer der Einfluß der privaten Bank- und Konzernspitzen auf die zuständigen Staatsorgane ist. Bekannt ist, dass das Bankenrettungspaket von den Bankbossen selbst mitverfaßt wurde. Die Rettung der HRE, die ja auch jetzt schon (ohne Enteignung) faktisch in Staatsbesitz ist, war mit einem Chefwechsel verbunden, bei dem Josef Ackermann einen gewissen Axel Wieandt, bis dahin Bereichsleiter bei der Deutschen Bank, zum HRE-Chef machte, und dieser ist zufällig auch noch der Schwager von Commerzbankchef Martin Blessing.⁸ Ein Beispiel, wie Staat und Monopole nicht nur miteinander verwachsen sind, wie die Stamokap-Theorie behauptet, sondern untereinander auch noch versippt und verschwägert.

Dass ein solcher Staatsapparat die Banken kontrolliert, ist wenig wahrscheinlich. Wollen wir die Eigentumsfrage daher im Interesse der Mehrheit aufwerfen, so ist sie von der Frage der Demokratie nicht zu trennen, und das heißt zugleich, dass sie von der Frage nach dem Charakter der Staatsmacht nicht zu trennen ist. Die Neoliberalen wollen den Glauben an „Privat vor Staat“ retten, indem sie permanent auf Spekulationsverluste bei Landesbanken verweisen. Doch wer saß und sitzt an den Schalthebeln unserer Landesbanken?

Thomas Fischer, der Ex-Chef der West-LB, mußte 2007 wegen Fehlspekulationen zurücktreten. Er gehörte 1985-1995 und 1999-2002 zur Führungsgruppe der Deutschen Bank. Der heutige West-LB-Chef Hilgert war führend bei Trinkaus und Burkhardt und Sal. Oppenheim tätig. Der Chef der LBBW Siegfried Jaschinski war zuvor bei Trinkaus und Burkhardt und bei der Deutschen Bank. Der gerade zurückgetretene HSH-Chef Wolfgang Peiner war früher Chef der Gothaer Versicherung. Die BayernLB war stets in die gleichen Finanzskandale verwickelt wie die CSU und verlor schon 2002 zwei Mrd.€ durch die Kirch-Pleite. Richtig ist: Bestimmte Landesbanken lassen sich aufgrund der engen Vernetzung zwischen Landesregierungen und Privatwirtschaft besonders leicht in Abenteuer und Pleiten der Privatwirtschaft hinein ziehen.

Das Zustandekommen des Bankenrettungspakets hat gezeigt, wie im Zuge der Bedienung privater Kapitalinteressen parlamentarische Kontrolle ausgehebelt werden kann. Dennoch muss auch von bürgerlichen Politikern immer wieder Rechenschaft eingefordert werden, über die Wahrnehmung ihrer Aufsichtspflichten gegenüber dem Finanzsektor, über die Verwendung von Steuergeldern, über ihren Beitrag zum Zustandekommen der Krise. Nur in der konkreten Auseinandersetzung mit dem Versagen der bürgerlich-parlamentarischen Kontrolle können die arbeitenden Menschen sehen, dass sie selbst mehr demokratische Mitbestimmungs- und Kontrollrechte in Staat und Wirtschaft brauchen und auch ausfüllen können.

Wirkliche demokratische Kontrolle in schon vorhandenen oder in erst noch zu schaffenden institutionellen Formen wird es nur mit einer größeren Mobilisierung und Selbsttätigkeit der Bevölkerung geben. Das lehrt auch die Erfahrung mit der paritätischen Mitbestimmung, die auch nicht automatisch, sondern wenn überhaupt, dann meist in Zeiten hoher Aktionsbereitschaft für demokratische Öffentlichkeit und Kontrolle im Interesse der Beschäftigten genutzt wurde. Einen demokratischen Ausweg an den Massen vorbei gibt es nicht.

7 „Enteignung: Die Banker sind die Bösewichte“, HBcom 3.2.2009

8 Oliver Stock, Diener vieler Herren, HBcom 30.1.2009